

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/45

Bonn, den 3. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

2 "Europäische Sicherheitskonferenz" ? 88

Das offizielle Bonn schwankt ratlos zwischen Für und Wider

Von Günter Markscheffel

3 In Bayern fehlen 80 000 Wohnungen 51

Aufschlußreiche Auskunft des bayerischen Ministerpräsidenten

4 Makabres Schauspiel 22

Die Zone und der 13. August '66

4 Kanöverkritik... 26

Erhard und seine "Freunde"

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Warschau verdächtigt Bamberger Grußbotschaft

GOMULKA auf ULBRICHTI-Kurs

Mit dem Recht Politik treiben

Beirat für osteuropäische Aufgaben

Kritik an der Bundesregierung

"Europäische Sicherheitskonferenz" ?

Das offizielle Bonn schwankt ratlos zwischen Für und Wider

Von Günter Markscheffel

Es ist kaum anzunehmen, daß Bundeskanzler Erhard während seines "Arbeitsurlaubs" am Tegernsee Zeit haben wird, jene Probleme genau zu analysieren, die mit dem Stichwort "Europäische Sicherheitskonferenz" auf der Tagesordnung der internationalen Politik stehen. Erhard ist allzu sehr damit beschäftigt, seine Position als Kanzler und CDU-Vorsitzender zu halten.

Niemand in der Welt fragt danach, ob Erhard Kanzler oder CDU-Vorsitzender bleibt. In Washington, Paris, Rom und London, aber auch in Moskau, Warschau, Prag, Budapest und Bukarest interessiert man sich vielmehr für die Frage, ob man es noch weiterhin zulassen kann, daß Bonn der Bremsklotz auf dem Wege zu einer europäischen Sicherheitskonferenz bleibt. Seitdem Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstner in der Juli vor der Auslandspresse in London mit rührender Offenheit erklärt hat, die Hoffnung, mit Hilfe der Aufrüstung Westdeutschlands zur Wiedervereinigung zu gelangen, habe sich als Illusion erwiesen, sind eigentlich die Würfel schon gefallen. Das Bingeverständnis Gerstenmaiers wird in Ost und West als der Startschuß zu einer jenseits vieler Scaus und Illusionen liegenden Politik gewertet, die das offizielle Bonn jahrelang ängstlich genötet hat.

* * *

Die ersten Sondierungen zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz gingen vom sowjetischen Außenminister Gromyko im Frühjahr 1966 aus und wurden von einigen westlichen und neutralen Staatsmännern weitergeführt. Zweifellos bildeten sie den Kern der Gespräche, die Staatspräsident de Gaulle während seines Aufenthalts in der Sowjetunion mit dem Kreml-Chef hatte und die Frankreichs Außenminister Couve de Murville in Prag und Budapest jetzt zu einem gewissen Abschluß brachte.

In der Zwischenzeit ist die Bundesregierung mehrfach von offizieller französischer Seite gedrängt worden, sich in diese Gespräche einzuschalten oder deren Entwicklung nicht durch gegensätzliche Stellungnahmen zu blockieren. Bei der völligen Richtungslosigkeit der Bonner Deutschland- und Außenpolitik, bei dem Durcheinander in den Parteien der Regierungskoalition konnte Bonn in dieser Beziehung jedoch nichts anderes tun, als den "toten Mann" zu spielen.

* * *

Die Folge davon ist, daß die Entwicklung jetzt über Bonn hinweg zu gehen droht. Es ist kein Geheimnis geblieben, daß die Amerikaner mit einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Umständen auch einverstanden wären, wenn sie nicht selbst dabei sein würden. Ursprünglich hatte sich das offizielle Bonn bei allen Erörterungen über die Einberufung einer solchen Konferenz auf die Forderung zurückgezogen, die USA müßten unbedingt daran teilnehmen. Jetzt heißt es in Washing-

ton, man verhandele in Moskau darüber, ob nicht auch eine US-Beteiligung in Form einer Beobachterdelegation genügen würde.

Alexander ist es verborgen geblieben, daß alle an einer europäischen Sicherheitskonferenz interessierten Staaten in letzter Zeit - gewissermaßen um Bonn herum - ihre Sondierungen weiter vorangetrieben haben. Unter Ausschaltung von Zugeständnissen bei dem Versuch zur Beilegung des Vietnam-Konfliktes wird eifrig - offiziell und offiziös - zwischen Ost und West die Überlegung angestellt, wie, wann und unter welchen Voraussetzungen eine europäische Sicherheitskonferenz zustande kommen könnte.

Nicht zuletzt spielen hierbei auch die Probleme der Truppenverringerungen in Westeuropa eine Rolle. In Bonn hat sich eine Gruppe führender CDU-Politiker anheischig gemacht, das ganze Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz dadurch zu torpedieren, daß man in zunehmendem Maße verkündet, wie bald die Bundeswehr eine Gruppenstärke von über 500.000 Mann erreichen werde. Ausgangspunkt derartiger Fanfarenmeldungen ist die nicht von der Hand zu weisende Befürchtung, daß man sich auf einer europäischen Sicherheitskonferenz eines Tages auf den Status quo in Europa einspielen könnte. Mit anderen Worten, daß man erklärt, die Beruhigung in Europa könne durch die Bestätigung der Teilung Deutschlands und Europas erreicht werden.

Natürlich ist diese Überlegung berechtigt. Ob man allerdings bei den Nachbarn der Bundesrepublik dadurch Sympathien erweckt, daß man lauthals verkündet, die Bundeswehr werde demnächst fünfmal so stark sein wie die Reichswehr der Weimarer Republik, ist mehr als zweifelhaft. Richtiger wäre wohl, wenn sich das offizielle Bonn mit diplomatischen Mitteln in die Gespräche über das Zustandekommen und die Zielsetzung einer europäischen Sicherheitskonferenz einschalten würde. Wenn es zu einer solchen Konferenz kommt und wenn Bonn bis dahin nichts anderes zu bieten hat, als die Fortsetzung jener Politik, die Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier in London als eine Illusion bezeichnete, dann ist der Isolierungsprozeß des freien Teiles Deutschlands nicht mehr aufzuhalten.

In einem solchen Falle würde es auch nicht viel nützen, wenn man sich bemüht, bereits bestehende wirtschaftliche Verbindungen zu einigen osteuropäischen kommunistisch regierten Staaten weiter auszubauen. In dieser Beziehung dürfte Moskau in Prag, Warschau, Bukarest und Budapest schon längst grünes Licht gegeben haben, ohne daß dadurch die politische und militärische Seite unserer Beziehungen zu diesen Ländern berührt werden muß.

Die Sozialdemokratie fordert von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien seit langer Zeit ernsthafte Besprechungen über die noch vorhandenen Möglichkeiten einer konstruktiven Deutschlandpolitik. Angesichts der hier aufgezeichneten Entwicklung, die über Bonn hinwegzugehen droht, ist die sozialdemokratische Forderung von äußerster Aktualität. Sie darf auch während der Ferienzeit nicht unbeachtet bleiben.

In Bayern fehlen 80.000 Wohnungen

Aufschlussreiche Auskunft des bayerischen Ministerpräsidenten

spk - Der bayerische Ministerpräsident hat vor kurzem in einer Antwort auf ein Schreiben des SPD-Abgeordneten Karl Weishäupl, bestätigt, dass in Bayern heute noch rund 80.000 Wohnungen fehlen und einige hunderttausend wohnunwürdige oder sanierungsbedürftige Wohnungen dazu kommen. Weishäupl hatte in seinem Brief an den Ministerpräsidenten seiner Sorge darüber Ausdruck gegeben, dass der soziale Wohnungsbau in Vergessenheit zu geraten droht und nebenrangig behandelt wird. Er wollte deshalb vom bayerischen Ministerpräsidenten wissen, ob die Staatsregierung die Förderung des sozialen Wohnungsbaus noch als Schwerpunkt betrachte, ob sie in diesem Jahr Förderungsmittel wenigstens in derselben Höhe wie im Vorjahr bereitgestellt habe und wann mit einer weiteren Mittelfreigabe zu rechnen sei.

Diese Fragen beantwortete der Ministerpräsident mit dem Hinweis, dass eine von ihm geführte Staatsregierung auch in Zukunft ihr Augenmerk in besonderem Maße dem sozialen Wohnungsbau zuwenden werde. Er wies darauf hin, dass die Staatsregierung im Jahre 1966 den öffentlich geförderten Wohnungsbau trotz erheblicher Haushaltsschwierigkeiten in möglichst großem Umfang fortsetzen wird.

Aus diesen Formulierungen des Ministerpräsidenten ist leider nicht zu entnehmen, dass der soziale Wohnungsbau von ihm und einer von ihm geführten Staatsregierung wie bisher als staatspolitischer Schwerpunkt betrachtet wird. Gerade im Hinblick auf die Haushaltsschwierigkeiten, die auch in Zukunft nicht geringer werden, wird eine Konzentration der Mittel auf solche Schwerpunkte unabdingbar sein. In Kreisen der Bau-träger, die die Massnahmen des sozialen Wohnungsbaues durchführen, befürchtet man schon seit einiger Zeit, dass in einer CSU-Regierung der soziale Wohnungsbau nicht als der erforderliche Schwerpunkt angesehen werden würde. Es ist verständlich, dass der Ministerpräsident die Detailfragen, die der SPD-Abgeordnete Weishäupl angeschnitten hat, den zuständigen Ministerien zur Beantwortung übergeben hat. Die Stellungnahme des Finanzministeriums zur Freigabe der Mittel für den sozialen Wohnungsbau im Haushalt 1966 ist ja bekannt. Der Minister vertritt die Auffassung, dass er die weiteren Mittel nicht freigeben könne, da die dazu notwendigen Darlehen auf dem Kapitalmarkt noch nicht aufgenommen werden konnten. Die SPD ist der Meinung, dass man bei allen Schwierigkeiten die Mittel zumindestens zur verbindlichen Verplanung für die Bau-träger freigeben müsste. Die Pächler des Innenministeriums haben bei den Beratungen im Parlament die gleiche Auffassung vertreten. Es steht schon heute fest, dass durch den Ausfall von Bundesmitteln und durch die Preissteigerungen die Anzahl der für 1966 ursprünglich zur Förderung vorgesehenen Wohnungen nicht erreicht werden kann. Voraussichtlich wird ein Defizit von 6.000 Wohnungen im Verhältnis zum Vorjahr entstehen.

Die Sozialdemokratische Partei betrachtet diese Entwicklung mit derselben Sorge wie die Auswüchse auf dem Gebiet der Baulandbeschaffung. Die Baulandpreise zeigen deutlich eine inflationäre Tendenz. Wenn das so weiter geht, dann werden im kommenden Jahr noch weniger Wohnungen im sozialen Wohnungsbau gefördert. Die SPD verlangt daher, dass die Verantwortlichen in der Bundesregierung endlich Massnahmen gegen diese Auswüchse ergreifen. Die ständigen Appelle des Bundeskanzlers zum Maßhalten ersetzen keine so dringend notwendige entschlossene Politik.

Makabres Schauspiel - Die Zone und der 13. August 1966

sp - In wenigen Tagen werden die Machthaber der sowjetischen Besatzungszone der Bevölkerung diesseits und jenseits von Mauer und Stacheldraht ein makabres Schauspiel bieten. Zur "Feier" des fünfjährigen Jubiläums der Errichtung der Berliner Schandmauer werden Betriebskanonengruppen an den Tatort kommandiert, um hier "für Freiheit und sozialistischen Aufbau" zu demonstrieren. Dort, wo Deutsche von Deutschen erschossen werden, wenn sie dem Zuchthaus Ulbrichts entfliehen wollen, wo Deutsche von Deutschen daran gehindert werden, ihre Verwandten zu besuchen - dort wird man sich in Reden und bei Aufmärschen den Anschein geben, als sei die Spaltung einer Nation das Natürlichste der Welt. - Was Ulbricht hier angeordnet hat, ist eine Flucht nach vorn. Das Zonenregime will nicht nur "innere Stärke" demonstrieren, es will auch von dem erbärmlichen Rückzug ablenken, den es durch die Torpedierung der Rednerkonfrontation zwischen der kommunistischen SED und der SPD vollbracht hat. Niemand kann Ulbricht daran hindern, das entwürdigende Mauerschauspiel aufzuführen. Am Tage der Aufmärsche und Demonstrationen werden aber nicht nur die Berliner, sondern auch zahlreiche ausländische Beobachter wieder einmal feststellen können, wie pervers die Gedankenwelt und das Verhalten jener ist, die die Spaltung Deutschlands mit allen Mitteln aufrechterhalten wollen. Wir sind sicher, daß man sogar in anderen kommunistisch regierten Staaten die Peinlichkeit eines solchen "Jubiläums" empfindet.

Manöverkritik... - Erhard und seine "Freunde"

sp - Gedrängt von Freunden und Gegnern in und außerhalb der CDU hat sich Bundeskanzler Erhard jetzt doch bereit erklärt, eine Art Manöverkritik an seinem Auftreten im NRW-Landtagswahlkampf und an seiner allgemeinen Tatenlosigkeit ergehen zu lassen. Schon im September soll - wie es so schön in einer vertraulichen CDU-Mitteilung heißt - "endlich ernsthaft und ehrlich über dieses Problem" (gemeint ist Erhard) geredet werden. Der Copilot des CDU-Schiffes, CSU-Vorsitzender Strauß, hat für die Septemberzusammenkunft eine innen- und wirtschaftspolitische Marschrouté ausgearbeitet, während Freiherr zu Guttenberg die außenpolitische Offensive gegen das Auswärtige Amt zu reiten gedenkt. Zur Zeit sind beide Herren damit beschäftigt, in der CDU Bundesgenossen für ihre Thesen zu werben. Ziel: Der Kanzler soll umzingelt werden. Bei der Innenpolitik geht es hauptsächlich um Preis- und Geldstabilisierung, bei der Außenpolitik um die Frage, ob Bonn in Zukunft ganz eindeutig auf die Karte de Gaulles setzen soll oder nicht. Als "Beigabe" spielen auch konfessionelle Auseinandersetzungen im CDU/CSU-Lager eine Rolle. Auch hier macht sich Freiherr zu Guttenberg stark, der eine profiliertere Weltanschauungspolitik der CDU/CSU wünscht. Abwartend verhalten sich zunächst noch die nordrhein-westfälischen Spitzenreiter der CDU. Ihnen kommt es darauf an, daß Bonn einige Milliarden EM für die Bewältigung der wirtschaftspolitischen Probleme in NRW lockermacht. Ohne dies - so sagen sie - seien alle Diskussionen über die wieder zu erringende Führungsrolle der CDU/CSU in der deutschen Politik gegenstandslos. Der Kanzler selbst hat eine Abwartestellung bezogen; er hofft, die miteinander streitenden Gruppen zur Siedehitze zu bringen, um dann wieder einmal mit einer JEIN-Parole obenbleiben zu können.